

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Bernh. Ode, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33.
Druck und Versand Joh. van Aken, Coesfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65, Fernruf: 4592.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Nie im Alltag aufgehn!

Nicht der Pflicht nur zu genügen,
Was sie fordert und verlangt,
Nicht der Stunde nur zu leben,
Was sie nimmt und was sie dankt —
Einem Holzern Wollen gelte
Unser Tages Ziel und laut:
Ueber Sturm und über Wolken
Sonn' entgegen trag's uns auf
Sonn' entgegen aus des Alltags
Rebeldumpfen Sorgenpuck,
Mit dem Siegtroß froher Jugend
Ueber Not und Laß und Druck.
Und wenn andere fürcht sinden
Was sie uns so „träumen“ sein,
Unsere Lösung sei und bleibe:
Nie im Alltag aufzugehn!

Osar Falken.

Sozialismus und sozialer Ausgleich.

Vor Jahren, als der Sozialismus von der Theorie zur Tat schreiten sollte, erlebte er zugleich eine Katastrophe. Dem System von Karl Marx fehlte das dazu passende Menschenmaterial. Hieran scheiterte letztlich die praktische Durchführbarkeit des Marxismus. Maßgebende Führer im sozialistischen Lager erweisen das an. Lenin im Rußland benötigte in seiner nationalisierten Wirtschaft kapitalistische Produktionsmethoden. Wiffel, der derzeitige Leiter der Mehrheitssozialisten, erklärt, daß das Proletariat infolge mangelhafter theoretischer Vorbildung außerstande sei, die Führung der Produktion in die Hände zu nehmen. Der Sozialistenführer Sedering preist den Großkapitalisten Simeas als befähigten Führer der deutschen Wirtschaft. Endlich bedeutet die Auswechslung des Erfurter Programms, durch das von Berlin eine starke Umschwenkung, eine Abkehr von dem bisher Gewollten. Der Glaube an eine Befreiung der Arbeiterschaft vom kapitalistischen Joch mußte deshalb schwinden. Dafür ließ der bange Zweifel, die Kritik der breiten Arbeiterschaft, die Geschlossenheit der sozialistischen Organisationen stark erschüttern. Die Arbeiterschaft fühlte es noch mit aller Deutlichkeit, daß wenige Jahre politischen Marxismus genügt haben, um den Kapitalismus bedeutend an innerer Stärke gewinnen zu lassen. Die tatsächlichen Wirtschaftsveränderungen, die durch die Sozialdemokratie erreicht wurden, sind im Verhältnis zu den sozialistischen Zielen und Forderungen außerordentlich gering. Unvoreingenommen betrachtet stellen sie nicht nur das Fortbestehen, sondern sogar das Neuerleben des Kapitalismus dar. Der Sozialismus in Deutschland erhielt das politische Übergewicht. Dem Kapitalismus rüde er mit Sozialisierungsgesetzen zu Leibe, versuchte die Wirtschaftsführung an sich zu reißen und wollte die wirtschaftliche Autorität abhaben. Alles blieb ohne jedweden sichtbaren Erfolg. Der Sieg blieb beim Kapitalismus, der den Sozialismus als Schrittmacher benutzte hatte.

Die sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen sind in Anbetracht der heillosen Situation, in der sie sich befinden, ängstlich bemüht, das Versagen des Sozialismus, die Ansprüche führender Persönlichkeiten, die Erschütterungen der eigenen Organisationen zu verschleiern. Ungläubliche Theorien müssen herhalten, um die Fehlschläge zu verdecken. Ein willkommenes Mittel hierzu scheint auch eine neue Art Auslegung von Sozialismus zu sein. Man behauptet nämlich, Sozialismus sei sozialer Ausgleich. Die Verbreitung dieser Idee hat den Zweck, die Zweifler in der eigenen Bewegung bei der Stange zu halten. Andererseits will man auch weite Kreise von Nichtsozialdemokraten dadurch irre machen. Wir kennen nur das Christentum als Vertreter der Idee des sozialen Ausgleiches. Das weiß die Sozialdemokratie nur zu gut. Der widerstandsfähigste Gegner des Marxismus ist das Christentum. Ueber diese Gegnerschaft versucht man hinwegzukommen, indem man die Gegensätze berührt übersieht und Christentum und Marxismus als weisend verwandt darstellt. Von sozialistischer Seite

wird behauptet, das Christentum hätte die Schätze der Erde an alle so verteilen wollen, daß keiner Mangel litte und niemand Ueberfluß hätte. Damit soll bewiesen werden, daß das Christentum genau so wie die Sozialdemokratie alles gleichmachen wolle. Wenn dem so wäre, müßte es ja wahr sein, daß Christentum und Marxismus miteinander verwandt sind. Folglich müßte auch die Schlussfolgerung der Sozialisten richtig sein, die für den Marxismus — den sozialen Ausgleich — eintreten.

Was will das Christentum? Es verkündet allen Menschen das große Gebot der Barmherzigkeit, indem es sagt: „Was mein ist, ist auch dein.“ Der Mensch, der Ueberfluß hat an irdischen Dingen, soll abgeben an den Bruder der in Not ist. Die Sozialdemokratie will dagegen etwas anderes. Aus dem Munde berufener Vertreter des Sozialismus vernahmen wir des öfteren die Worte: „Was dein ist, ist auch mein.“ Das ist das Gegenteil von dem, was das Christentum will. Schon hier verlagert der „soziale Ausgleich“ der Sozialdemokratie, denn letzten Endes ergibt sich hieraus die Verwerfung jedes rechtmäßigen Besitzes.

Das Christentum kam in die Welt als die Religion der Liebe. Es verwirft nicht den rechtmäßigen Erwerb. Weitergehende wirtschaftliche Tätigkeit wird sogar verlangt, um eine Grundlage zu haben für die Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe. Wenn niemand Erbgüter hätte, wäre die Möglichkeit, Hunger zu speisen, Nade zu kleiden und Durstige zu tränken garnicht vorhanden. Das Christentum konnte nicht in die Welt kommen, um die Armut aufzuheben. Es verschließt sich nicht dem tatsächlich Vorhandenen. Sein Gründer selbst erkannte die Wirtschaftlichkeit des Lebens an, indem er sagt: „Arme wird es allezeit unter euch geben.“ Demnach erkennt das Christentum auch an, daß es allezeit Besitzende und wirtschaftlich Schwache geben würde. Es erlaubt somit den Besitz von irdischen Gütern. Mit aller Schärfe dagegen wendet sich sein Gründer und wenden sich seine Nachfolger gegen den unrechten Gebrauch des Besitzes, gegen den unrechtmäßigen Erwerb, gegen alle, die „Nur-Wirtschaft“ kennen, gegen die Erwerbshierigen, gegen die Mammonisten, gegen die Praffer und Schlemmer.

Wenn das Christentum einerseits den rechtmäßigen Erwerb erlaubt, so wendet es sich andererseits auch an die Arbeiter. Die Volkshaft Christi an die Unteren, an die wirtschaftlich Schwachen ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Gründer des Christentums selbst ehrte die Arbeit. Er lehrte den Besitzenden, daß auch der Sklave ein Bruder sei. Der Mensch wurde wieder zum Mensch gemacht. Die Arbeit wurde verherrlicht. Die Verachtung, die an ihr klebte, von ihr genommen. Der Mensch mit seiner schaffenden Kraft bildete den Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Geschehens. Aus diesen Gedanken heraus erklärt sich die innige Beziehung des Christentums zum Arbeiterstand. Doch wird nicht nur die Arbeit geehrt durch das Christentum, es verkündet auch die große sittliche Pflicht des gerechten Lohnes indem es lehrt: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ Wer arbeitet, soll auch essen. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Gerechtigkeit für alle, auch in der Zuteilung des Lohnes. Der Lohn des Arbeiters soll bemessen sein nach der Bedeutung der ausführenden Arbeit für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft. Das ist wahrer sozialer Ausgleich. Das ist die Erhebung des Arbeiterstandes durch das Christentum und zugleich für die Müßiggänger die Aufforderung zum tatkräftigen, nutzbringenden Mitmachen und Mitarbeiten.

Sozialer Ausgleich und Sozialismus sind zwei grundverschiedene Dinge. Der Sozialismus will nur die Ablösung des Einzelgesetzes durch den Massenegoismus. Er kennt keine Brüderlichkeit, sondern nur eine Klassen-einheit. Er kennt keinen rechtmäßigen Erwerb, sondern nur die Gleichmacherei. Er kennt keinen sozialen Ausgleich, sondern nur Klassenkampf. Er hat keine sittliche Kraft um an die Besitzenden und Besitzlosen zu appellieren, seine Maßnahmen können nur äußerlich sein und müssen an der Oberfläche haften bleiben. Gewiß konnte auch das Christentum die scharfen Gegensätze zwischen Reich und Arm zwar mildern, aber nicht völlig beseitigen, wie es notwendig gewesen wäre. Das ist jedoch kein Beweis dafür, daß die Ideen des Christentums unfähig sind, den sozialen Ausgleich zu verwirklichen. Vielmehr ist der Grund hierfür zu suchen in der Nicht-

beachtung der christlichen Wahrheiten, woran der christenfeindliche und kapitalismuskämpfende Sozialismus ein großes Teil Schuld trägt.

Das Christentum als Fundament jeder menschlichen Gesellschaft, als Richter über die Erwerbsvorgänge, als Bekämpfer des Praffer- und Schlemmerlebens, als Schlichter der Armen und Bedrängten, als Pfleger der Brüderlichkeit, als Wert der Persönlichkeit, erfüllt seine Aufgaben zu allen Zeiten. Kraft seiner Ideen, seines inneren Reichtums, wird es alle Menschengehörigen, alle Wirtschaftssysteme durchdringen. Der Sozialismus verlagert, nur die christliche Idee allein kann einen wirklichen sozialen Ausgleich herbeiführen. K. D.

Lohnbewegungen und Kämpfe in der Textilindustrie.

Der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft hat sich in letzter Zeit wesentlich verstärkt. Derselbe ist zum Teil veranlaßt durch die unsichere Lage in der sich unser Wirtschaftsleben zur Zeit befindet. Die Schwankungen des Rohstoffes lassen kein richtiges Geschäft in der letzten Zeit aufkommen. Die Bestellungen gehen zögernd ein. Während einige Zweige unserer Textilindustrie noch auf Monate hinaus mit Aufträgen versehen sind, ist in anderen Branchen eine leichte Stöckung festzustellen. Ferner behaupten die Unternehmer, daß durch das Steigen der Kaufkraft unserer Mark auf dem Weltmarkt auch eine Senkung der Preise für wichtige Lebensbedürfnisse bereits eingetreten sei und auch weiter erwartet werden müsse. Von letzterem ist aber gewiß kaum etwas zu merken. Wohl sind die Preise für Fette gegenüber dem höchsten Stande vor einigen Wochen etwas zurückgegangen, dagegen sind auf vielen anderen Gebieten weitere Preissteigerungen festzustellen. So steigen vor allem die Auslagen für Bekleidungsgegenstände aller Art: Schuhzeug, Seiden, Holz, Beleuchtungsartikel und Wohnungsmiete.

Die weitere Verteuerung der Eisenbahnfrachten sowie der Portofäge bedingt auch für die nächsten Monate eine Steigerung für Heizmaterial. Unter diesen Umständen können die Arbeiter mit vollem Recht ihre Forderungen auf weitere Erhöhung der Lohnsätze rechtfertigen.

Zu ernstern Differenzen ist es in letzter Zeit in fast allen größeren Tarifgebieten gekommen. Ueber den Streik und die Aussperrung in Ost-Sachsen wurde bereits in der vorigen Nummer unserer Verbandszeitung berichtet.

In Württemberg mußten die Textilarbeiter im Bezirk Ebingen und Burladingen zur Arbeitsniederlegung schreiten, um die dortigen Arbeitgeber zur Anerkennung des Schiedsspruches und damit auch für Württemberg geltenden Tarifvertrages zu zwingen. Der Streik ist mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet.

In Augsburg sind die Differenzen zwischen den Arbeitgebern und den Textilarbeiter-Verbänden bei Niederschrift dieser Zeilen trotz Schiedsspruches noch nicht behoben. Als dort die nach dem Schiedsspruch aufzunehmenden Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis für die Arbeiter zu führen schienen, legten plötzlich die dem „Zentralverband der Geizer und Maschinisten“ angehörenden Maschinisten und Kesselschmiede die Arbeit nieder, ohne den Textilarbeiter-Verbänden hiervon Mitteilung zu machen. Dadurch wurden 12000 Textilarbeiter plötzlich auf die Straße gesetzt. Dieses Verhalten des „Zentralverbandes der Geizer und Maschinisten“ ist entschieden zu verurteilen. Es kann unter keinen Umständen zugegeben werden, daß drei bis vier Duzend Leute 12000 Arbeiter auf die Straße bringen. Unseres Erachtens ist jedoch auch der Arbeitgeberverband nicht berechtigt, wegen dieser Arbeitsniederlegung gleich sämtliche Textilarbeiter zu entlassen. Es muß ernstlich geprüft werden, ob nicht die einzelnen Firmen für den Lohnausfall der Textilarbeiter haftbar gemacht werden können. Der Streik brach nach einigen Tagen erfolglos zusammen, weil die Sympathie der Textilarbeiter nicht auf Seiten der streikenden Maschinisten und Geizer war. Hoffentlich ziehen letztere aus dem Vorgange die richtigen Lehren und verständigen sich in Zukunft erst mit den Leitungen der maßgebenden Textilarbeiter-Verbände.

In M.-Gladbach hatten die Arbeitgeber ein geringes Lohnangebot gemacht, das von den Betriebsräten abgelehnt wurde. Nach Einreichung der Kündigung besaßte sich auf Anweisung des Reichsarbeitsministers der behördliche Schlichtungsausschuß mit dem Lohnstreit. In der Verhandlung vor diesem Schlichtungsausschuß lehnten die Vertreter der Arbeitgeber jedes weitere Entgegenkommen ab. Der Schlichtungsausschuß gab nunmehr

den Parteien auf, in einer weiteren Verhandlung bis zum 2. Januar eine Verständigung zu suchen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern waren gleichfalls wieder erfolglos, weil die Arbeitgeber von ihrem letzten Angebot nicht abweichen wollten. In einer Versammlung der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes wurde alsdann doch die Gewährung einer weiteren Lohnerhöhung zugestanden. Demnach sollten die Zeitlohnlöhne des Tarifvertrages zunächst allgemein um 15 Prozent erhöht werden. Außerdem wurde für die höchste Altersgruppe der männlichen Zeitlohnarbeiter sowie der Facharbeiter in Färbereien, Ausbrennungsanstalten usw. eine Herabsetzung der Zeitlohnlöhne zugestanden. Ein starker Widerstand machte sich bei den Arbeitgebern geltend gegen den von den Arbeitgebern beschlossenen Ausbau der Familienzulage. Die Arbeiter forderten mit vollem Recht zunächst eine befriedigende Regelung der Lohnsätze für alle Arbeiter. Darüber hinaus wollten sie sich einem Ausbau der Familienzulage nicht entgegenstellen. Trotzdem das Gesamtangebot der Arbeitgeber nicht befriedigte, beschloß sowohl die Lohnkommission wie eine Konferenz der Betriebsräte, den Arbeitgebern nicht den Gefallen zu tun und jetzt auf die Straße zu gehen. Das ganze Verhalten der Arbeitgeber hatte den Arbeitgebern bewiesen, daß eine Stilllegung der Betriebe provoziert werden sollte. Damit hätte man den Arbeitgebern nach zwei Richtungen einen Gefallen getan: Erstens hätten die Arbeitgeber manche alten Aufträge, die sie noch zu niedrigen Preisen hereingekommen hatten, annullieren können, um nachher neue Aufträge zu sehr günstigen Preisen hereinzunehmen. Zweitens wären manche Betriebe durch den Streik der Eisenbahner genötigt, Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen vorzunehmen, weil ihnen die notwendigen Kohlen fehlten. Der Tarifvertrag sieht jedoch vor, daß die Arbeitgeber bei Kohlen- und Strommangel den Arbeitern einen hohen Prozentsatz des Verdienstverlustes vergüten müssen. Somit wurde das Angebot der Arbeitgeber vorläufig angenommen. Das Abkommen läuft jedoch nur bis 31. Januar 1922; es muß Mitte Januar wieder geprüft werden. Zeigen alsdann die Arbeitgeber wiederum kein genügendes Entgegenkommen, so wird der Schlichtungsausschuß erneut eine Prüfung der Berechtigung der gestellten Forderungen sowie auch der Leistungsfähigkeit der Textilindustrie vornehmen müssen.

Im schlesischen Culengebirge sind durch Tarifstreik die Arbeitgeber zur Aussperrung sämtlicher Textilarbeiter geschritten. Rund 20000 Textilarbeiter sind dadurch auf die Straße gesetzt. Das Angebot der Arbeitgeber war trotz monatelanger Verhandlungen ein ungenügendes. Die Lohnsätze stehen sehr tief. Die Erregung der Arbeiter ist verständlich, doch kann die Art, wie die Einzelstreiks inszeniert wurden, nicht die Zustimmung der Gewerkschaften finden. Strenge Disziplin und ein überlegtes Vorgehen nach gewerkschaftlichen Grundregeln ist unbedingt erforderlich, um den berechtigten Forderungen der Arbeiter die Geltung zu verschaffen. Hoffentlich kann auch diese Bewegung trotz der gemachten Fehler mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet werden.

In anderen Bezirken Schlesiens ist gleichfalls das Angebot der Arbeitgeber unzulänglich. Ob es dort ohne

Kampf zu einer Verständigung kommt, steht noch nicht fest. In der wiederaufsteigenden Textilindustrie sowie in den anderen Gewerkschaften haben die Arbeitgeber jede weitere Lohnerhöhung vorläufig abgelehnt. Dort werden sich behördliche Schlichtungsstellen mit den Forderungen der Arbeiter zu befassen haben.

Ebenso hat der Arbeitgeberverband im rheinischen Bezirk (Barmen-Eisfeld und das Bergische Land) jede weitere Lohnerhöhung abgelehnt. Im Oberbergischen (Aggertal) schweben zur Zeit noch Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages. Auch im Bezirk Greiz-Gera stoßen die Arbeiter mit ihren Forderungen auf den heftigsten Widerstand der Arbeitgeber.

Alle Bewegungen der letzten Zeit beweisen uns, wie notwendig starke geschlossene zentralisierte Gewerkschaften sind, die über gute Kassenvorhältnisse verfügen. Die gesamte Textilarbeiterchaft sollte aus diesen Vorgängen die richtigen Lehren ziehen und gegen Disziplinlosigkeit sowie auch gegen die Beitragslosen einzelner Mitglieder ernstlich Front machen. Nur wenn es uns gelingt, die Praktiken und das Vorgehen der Unternehmer auf Berichtigung der Gewerkschaften durch festes Zusammenstehen, Übung strengster Disziplin und Stärkung der Verbandsklasse zu nichte zu machen, werden wir die Bewegungen der nächsten Zeit zu Gunsten der Arbeiterschaft befriedigend abschließen können.

H. F.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur kommenden Arbeitslosigkeit.

Die gegenwärtig noch verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Arbeitsmarktes hat keine gesunde Grundlage. Sie beruht in der Hauptsache auf Spekulationskäufen valutararmer Länder, die sich die Entwertung unseres Geldes dienstbar machen wollen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in naher Zeit ein Rückschlag eintreten muß, der dann verheerend wirken wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Meinung, daß zur Gesundung unserer Wirtschaft, insbesondere aber zur Verhütung oder mindestens zur Milderung der bald zu befürchtenden Arbeitslosigkeit, nachstehend angeordnete Maßnahmen vorzubereiten und dann mit allem Nachdruck zu betreiben sind:

1. Auf jede nur mögliche Weise ist von der Regierung und allen dazu berufenen Stellen die Unmöglichkeit der Reparationsverpflichtungen unter Beweis zu stellen. Dem deutschen Volke und dem Auslande ist mit rücksichtsloser Offenheit der Stand der deutschen Finanz- und Volkswirtschaft klarzulegen und, daraus abgeleitet, bei jeder Gelegenheit auf die unerfüllbaren Lasten der uns auferlegten Feindbundsbedingungen als Hauptursache der verhängenden Volkswirtschaft hinzuweisen.
2. Als eine wesentliche Ursache unserer wirtschaftlichen Not und damit der kommenden Arbeitslosigkeit werden wir immer das Unrecht der Bereicherung Überprivilegierten ansehen.
3. Dem Feindbund und der ganzen Welt ist zu sagen, daß die Zerstörungspolitik, wie sie im Saargebiet durch die zwangsweise Einführung der

Frankenwährung sichtbar wird, besonders nach dem Entschluß der Reichsregierung in die Erziehung trat und unserer heimischen Industrie gegenüber vorbereitet wird, aufhören muß, wenn von uns weitere Leistungen erwartet werden.

4. Es ist anzustreben, daß es uns ermöglicht wird, unter günstigeren Bedingungen, als in Weichbuden vereinbart, weitgehend Sachleistungen statt Goldzahlungen anzubieten.
5. Als wesentlichstes Mittel zur Milderung der drohenden Arbeitslosigkeit erachtet uns die auf jede Weise anzustrebende Belebung der Bautätigkeit. Wir verlangen beschleunigte Erledigung aller gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die fördernd wirken können, insbesondere die rechtzeitige Entscheidung über die erforderliche Geldbeschaffung.
6. Ausbau und Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge unter besonderer Bevorzugung aller Maßnahmen, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Ausnutzung unseres Bodens und das Siedlungswesen zu fördern.
7. Bereitstellung und frühzeitige Vergabung von ausreichenden öffentlichen Aufträgen unter angemessener Berücksichtigung der Bezirke und Betriebe, die von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bedroht sind.
8. Vorbereitung umfangreicher Notstandsarbeiten durch die Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden.
9. Bezug ausländischer, nichtdeutscher Arbeitskräfte ist, soweit irgend angingig, zu unterlassen.
10. Einfuhr erheblicher ausländischer Fertigfabrikate und Luxusartikel ist, nicht zuletzt auch durch planmäßige Aufklärung der inländischen Verbraucher, zur Förderung der Inlandserzeugung nach Möglichkeit zu unterbinden.
11. Die Verordnung über die Stilllegung von Betrieben, desgleichen die über die Erziehung der Entlassung von Arbeitnehmern sind rechtzeitig in Gestaltform neu zu gestalten. Vorschläge nach der Richtung, daß besonders bei allen Maßnahmen mit dem Ziele der völligen oder teilweisen Stilllegung von Betrieben die beteiligten Arbeitnehmergewerkschaften angemessenen Einfluß erhalten, behalten wir uns vor.
12. Eine möglichst gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit ist im Falle starker Arbeitslosigkeit durch Vereinbarungen der Reichsarbeitsgemeinschaften anzustreben. Ausgenommen davon sollen Industrien sein, deren Vollarbeit auf andere Gewerbe fördernd wirkt. Kurzarbeiter sind auszuheben zu entschädigen. Die bisherige Arbeitslosenversicherung ist durch eine Arbeitslosenversicherung zu ersetzen. Die Arbeitgeberchaft hat durch einmaligen besonderen Beitrag einen Fonds zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung zu schaffen.
13. Als innerhalb dieses Rahmens dringend verlangen wir, daß alle verantwortlichen Instanzen mit jedem nur möglichen Mittel den schamlosen Wucher, die Spekulation mit unserer Not bekämpfen. Als dazu gehörig betrachten wir auch die beschleunigte steuerliche Erfassung der Börsenspekulationsgewinne mit den höchstmöglichen Sätzen und die

Das Einkommen der Arbeiterfamilie.

Welches Einkommen müßte eine bescheidene Arbeiterfamilie von sechs Personen (Mann, Frau und vier minderjährige Kinder) mindestens haben, um ihren Unterhalt bestreiten zu können?

Der Berufsverband deutscher Steinarbeiter, Bezirksbüro Magdeburg, schreibt darüber dem „Deutschen“ Berlin: In der „Magener Volkszeitung“ wurde kürzlich angeregt, daß alle Berufe und Stände einer öffentlichen Preiskontrolle unterziehen sollten, weil dadurch die gegenseitigen Klagen über Uebervorteilung aufhören und an die Stelle des heutigen allgemeinen Mißtrauens wieder gegenseitiges Verständnis und gegenseitiges Vertrauen treten würde. Wir hatten diese Anregung für zeitgemäß und kommen ihr gerne nach. Dies um so mehr, weil es immer noch Menschen (unwissende) gibt, welche die Hauptursache der Armut in den gestiegenen Arbeiterlöhnen erblicken. Demgegenüber steht u. a. jetzt, daß die derzeitigen Löhne der Arbeiter im allgemeinen in erheblicher Weise der fortwährenden Armut gegenüber zurückstehen, wie aus nachfolgender Kostenaufstellung zu ersehen ist.

Notwendige Unterhaltungskosten einer bescheidenen Arbeiterfamilie von sechs Personen.

1. Beföhrigung.	
1. Brot: 1/2 Pfund rationiertes 0,80 M und 1/2 Pfund freies 0,50 M pro Tag und Person macht 1,36 M. Im Jahre für sechs Personen 1642 1/2 Pfund gleich	2978,40 M.
2. Brotzusatz: a) Margarine 1/2 Pfund pro Tag und sechs Personen macht im Jahre 9 1/2 Pfund pro Pfund 32,- M gleich	2920,-
b) Margarine 1/2 Pfund pro Tag und sechs Personen macht im Jahre 182 1/2 Pfund pro Pfund 6,50 M. gleich	1186,25
3. Korn- und Gerstenaufschlag für sechs Personen pro Woche ein Pfund macht im Jahre 52 Pfund pro 4,20 M. gleich	218,40
4. Fleisch für sechs Personen und Wurst pro Pfund macht im Jahre 260 Pfund pro 12,- Pfund gleich	3120,-
5. Fett und Del für sechs Personen und Wurst 20,- M. macht im Jahre 52 mal 20,- M. gleich	1040,-
6. Kartoffeln für sechs Personen und Wurst 40 Pfund pro 30,- M.	3600,-
7. Gemüse, Suppeneinlage und Gewürze für sechs Personen und Wurst 7,- M. macht im Jahre 365 mal 7,- M.	2555,-
8. Milch pro Tag 1/2 Liter macht im Jahre 182 1/2 Liter pro 5,- M.	912,50
Titel 1: 18592,95 M.	

2. Bekleidung.	
1. Für den Mann ein Sonntagsanzug auf die Dauer von drei Jahren zu 1200 M., macht pro Jahr 400 M., an Arbeitsbekleidung pro Jahr wie oben, jede wirts. 300 M., macht zusammen ein Paar Sonntagsanzüge für die Dauer von zwei Jahren zu 300 M., macht pro Jahr 150 M., ferner ein Paar Arbeitsanzüge zu 250 M. pro Jahr macht zusammen	700,- M.
2. Für die Frau für Kleidung 650 M. und Schuhe 250 M. pro Jahr, macht zusammen	400,-
3. Für vier Kinder an Kleidung und Schuhe pro Jahr 2 1/2 mal 400 M. gleich	1000,-
4. Wäsche für sechs Personen (Hemden, Unterhosen) pro Jahr 2 1/2 mal 150 M. gleich	375,-
5. Strümpfe für sechs Personen pro Jahr zwei Paar pro Person je 30,- M. gleich	360,-
6. Güte, Strümpfe und dergleichen für sechs Personen und Jahr	300,-
7. Ueberröcke, wie Mäntel usw. für sechs Personen und Jahr	1000,-
8. Bett-, Tisch- und Küchensätze pro Jahr	600,-
9. Reparaturen u. Instandhaltung der Wäsche und Bekleidungsstücke	500,-
Titel 2: 7260,- M.	
3. Wohnung für sechs Personen.	
1. Miete für Küche und drei Schlafzimmer pro Monat 60,- M. gleich	720,- M.
2. Heizung (Kohlen, Breitschiff und Holz) pro Woche 20,- M., macht im Jahre	1040,-
3. Licht und Wasser pro Tag 1,- M., macht pro Jahr	365,-
4. Instandhaltung und Erneuerung des Mobiliars pro Jahr	600,-
5. Instandhaltung und Erneuerung des Küchengerätes (Porzellan, Glas, Gabeln, Messer usw.)	300,-
Titel 3: 2925,- M.	
4. Ungemeines und Unvorhergesehenes.	
1. Schnelgeld, Schuldenzinsen, Tageszahlung usw. pro Jahr	500,- M.
2. Beiträge für Krankheit, Unfallfälle, Arbeitslosigkeit und Alter, weil die soziale Fürsorge nicht ausreichend ist	1000,-
3. Notwendige Kosten zu Verwandten (Krankheit, Geburt usw.)	100,-
4. Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung pro Jahr	500,-
5. Beiträge zu sozialen und wirtschaftlichen Versicherungen pro Jahr	250,-
6. Feuerversicherungsprämie und Steuern	225,-
Titel 4: 4475,- M.	

Der Höchsttariflohn im Basaltaberggebiet beträgt jedoch nur 7,50 M. pro Stunde. Dies macht in 230 Arbeitstagen oder 2240 Arbeitsstunden im Jahr 16 800,00 M.; infolgedessen zu wenig 16 427,95 M.

Unseres Erachtens kann wohl angenommen werden, daß sowohl Menge wie Preise der angeführten Artikel nicht zu hoch bemessen sind. Im übrigen ist unsere Kostenaufstellung durchaus nicht vollständig. So ist z. B. an eine Pfeife Tabak, Glas Wein oder Bier, sowie an Belegelagenheit noch gar nicht gedacht. Ferner kommt für die Arbeiter das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit noch hinzu. Wenige Monate ohne Verdienst können den ganzen Haushalt einer Arbeiterfamilie auf den Kopf stellen, wenn auch eine kleine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Es werden dann oft Schulden gemacht, d. h. lebenslänglich nicht abbezahlt werden können. Hier liegen oft die unerschuldeten Ursachen eines unglücklichen Familienlebens. Für Mieter kommt eventuell noch die Notwendigkeit häufigeren Umzugs, der damit verbundenen Kosten, sowie Änderungen und Beschädigungen an dem Mobiliar in Betracht.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände kann man wohl sagen, daß das Einkommen einer bescheidenen Arbeiterfamilie von sechs Köpfen heute etwa 35 227 M. betragen müßte. Dies würde bei 230 Arbeitstagen im Jahre pro Tag 118,67 M. betragen. Daß diese Angaben der Wirklichkeit entsprechen, wird, abgesehen von obiger Zusammenstellung, durch die vielfach beklagte allgemeine Unterernährung bewiesen. Schon zu Friedenszeiten haben die Schulden festgesetzt, daß ein großer Teil der Volksschulinder an Unterernährung litten. Und es ist klar, daß wenn die Kinder hungern, die Eltern erst recht hungern. Die bemängelten Klagen der geistlichen und weltlichen Behörden anzuhören der letzten Sammlungen für die hungernden Kinder und des tadellosen Aussehens der Kinder zeigen uns, daß die Verhältnisse heute noch schlechter geworden sind. Und auf Grund dieser Tatsachen ist es uns erst recht unverständlich, weshalb eine brave und fleißige Arbeiterfamilie schlechter leben soll, wie eine Familie so manchen anderen Standes. Die Arbeiterfamilie ringt heute mehr wie je um ihre Existenz und ihr Familienglück.

Vorzehende Aufstellung haben wir veröffentlicht, um nicht nur a. e. n. zu zeigen, daß die Hauptursachen der Armut nicht die gestiegenen Arbeiterlöhne sind, sondern um auch unsere Verbandsmitglieder anzuregen, solche Aufstellungen über Einnahmen und Ausgaben zu machen und sie uns zur Verfügung zu stellen. Wir würden uns freuen, wenn wenigstens in jedem Verbandsbezirk einige Mitglieder uns demnach ihre Aufzeichnungen zuwenden würden.

Veranschaulichung der Vermögenssteuergesetze mit Sähen, die als gleichwertig den steuerlichen Belastungen der Arbeitnehmererschaft gegenüber angesehen werden können. Im engen Einkommen mit den Arbeitsgemeinschaften und unter deren maßgeblicher Beteiligung ist die Wirtschaftlichkeit der Produktion und deren Steigerung durch Anwendung aller wissenschaftlichen und technischen Mittel zu fördern. Unter Wahrung des Anspruchs des Inlandsmarktes auf vorzugsweise Bedienung ist die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, besonders solche hochwertigen Art, mit allen Kräften zu unterstützen. In weit höherem Maße als bisher muß sich der Gedanke der Gemeinwirtschaft durchsetzen. Hinsichtlich der Hausstoffwirtschaft erneuern wir die Forderung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner Entscheidung zur Wohnungsnot am 6. September aufstellte und die verlangte,

die Hausstoffwirtschaft ist durch Ausbau und gemeinschaftliche Umgestaltung der Syndikate unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit den öffentlichen Interessen unterzuordnen.

Die flingemäße Uebertragung dieser Gesichtspunkte auf alle dazu geeigneten Gewerbe, z. B. Textil-, Nahrungsmittel- und ähnliche Industrien, ist gleichfalls mit allem Nachdruck anzustreben.

14 Ausbau der Arbeitslosen-Statistik nach der Richtung, daß nicht nur die unterstützten Erwerbslosen, sondern auch die gezählt werden, die zwar erwerbslos aber noch nicht oder nicht mehr bezugsberechtigt sind, bezuglich der Zahl der Kurzarbeiter und die durch Kurzarbeit verlorenen Arbeitsstunden. Unsere jetzige Arbeitslosenstatistik gibt ein zu günstiges Bild und veranlaßt dadurch das Ausland zu falschen und für uns ungünstigen Schlüssen über unsere Wirtschaftslage.

Ein neuer Gesetzentwurf über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung.

Die im November 1918 ins Leben gerufene Erwerbslosenfürsorge hat bekanntlich zahlreiche Angriffe von sachverständiger und nicht sachverständiger Seite erfahren, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Einrichtung in ihrer damaligen Form sehr viel zu wünschen übrig ließ. Darüber aber, daß in irgendeiner Form eine Unterstützung für unverschuldet Arbeitslose erfolgen muß, ist man heutigen Tages, nachdem es trotz aller Anstrengungen nicht gelungen ist, die Nachfrage nach Arbeitsstellen zu befriedigen, wohl einheitslicher Auffassung. Bestritten ist allerdings, welcher Weg einzuschlagen ist, um die Erwerbslosenfürsorge, die ja nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung bestimmt war, in eine Dauerinstitution umzuwandeln, die imstande wäre, die Härten der unverschuldeten Erwerbslosigkeit bis zum denkbar höchsten Maße auszugleichen. Am vernehmlichsten sind die Summen, die die Arbeitslosenversicherung einbringen wollen, und so hat denn auch das Reichsarbeitsministerium schon mehrere Entwürfe herausgebracht, die die Arbeitslosenversicherung in die Tat umsetzen wollen. Der erste Entwurf einer Arbeitslosenversicherung, der im Jahre 1919 aufgestellt worden war, wies vor allem den Mangel auf, daß er mit einer schnellen Beruhigung unterer Wirtschaftslage rechnete, und daß seine versicherungstechnische Rechnung deshalb von Anfang an auf feststehenden Grundlagen aufgebaut worden war. Diese Tatsache gab denjenigen, die Gegner einer Arbeitslosenversicherung waren, eine wirksame Waffe in die Hand. Die Reichsregierung mußte sich endlich entschließen, den Entwurf wieder zurückzuziehen.

Der Entwurf, der heute vorliegt und in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht wird, hat jenen Fehler des ersten Entwurfs abgestellt; die alten Formen der sozialen Versicherung sind zum Teil verlassen, der Aufwand, den die Arbeitslosenversicherung in einem Jahr erfordert, braucht nicht mehr im Voraus abgeschätzt und aufgebracht zu werden. Offenbar kommt es dem Verfasser des Entwurfs weniger darauf an, eine Einrichtung zu schaffen, die den Anforderungen der bisher allgemein vertretenen Theorie genügt, als vielmehr einen gesetzlichen Zustand zu schaffen, der der Unübersichtbarkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage Rechnung trägt, der nur ein Anfang sein will, die Systemlosigkeit der Erwerbslosenfürsorge abzuschleifen, im übrigen aber sich darauf beschränkt, eine vorläufige Maßnahme zu bleiben, die, nachdem erst einmal Erfahrungen auf dem gänzlich neuen Gebiete gesammelt sind, in Höhe einer endgültigen Regelung Platz machen soll. So betrachtet wird der vorliegende Entwurf zweifellos auch bei den Gegnern der Versicherung Freunde finden; denn es liegt auf der Hand, daß jede Form der Arbeitslosenunterstützung an unserem gegenwärtigen Krisenzustand leiden muß, und daß deshalb wiederum jede Form, einen gesetzmäßigen Zustand zu schaffen, als ein Fortschritt zu begrüßen ist.

Die Last der vorläufigen Arbeitslosenversicherung soll nach dem Entwurf zu einem Drittel vom Reich, den Ländern und den Gemeinden getragen werden, während zwei Drittel nachträglich auf die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umgelegt werden sollen. Im Gegensatz zu dem ersten Entwurf wird diese Umlage nicht örtlich zusammengefaßt, sondern erfaßt die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im ganzen Reich. Die Anzahl der Gefahrenklassen soll nicht mehr als drei betragen.

Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die Krankenkassen, eine Bestimmung, die von weiten Kreisen der Beteiligten bekanntlich als im höchsten Grade bedenklich bekämpft wird, die aber der Entwurf besonders aus dem Grunde aufrecht erhalten wissen will, um Verwaltungskosten zu sparen. Ueber diesen Punkt wird noch später zu reden sein.

Träger des Beitrags ist die Organisation der Arbeitsnachweise. Auch hier werden Bedenken geltend gemacht. Der Arbeitsnachweis ist eine Einrichtung, der es obliegt, das Angebot und die Nachfrage der Arbeit von volkswirtschaftlicher Warte aus zu regulieren. Diese Aufgabe wird verwirklicht, wenn man den Arbeitsnachweis mit der weiteren Aufgabe betraut, die Arbeit suchenden, deren Angebot nicht genügt werden kann, auf ihre Arbeitswilligkeit zu kontrollieren, wie auch umgekehrt die Gefahr besteht, daß der Arbeitsnachweis seinen Pflichten, Qualitätsarbeiter nachzuweisen, unmöglich genügen kann, wenn ihm die Sorge für die Unzahl der langfristigen Erwerbslosen aufgetragen wird. In dieser Beziehung hat ja der bisherige Zustand ebenfalls schon recht schlechte Erfahrungen gezeigt.

Versicherungspflichtig ist, wer für die Krankenversicherung versicherungspflichtig ist. Ausgenommen sind u. a. die Land- und Forstarbeiter, sowie die häuslichen Arbeitnehmer. Die Leistungen, die den Versicherten gewährt werden, gliedern sich in die Arbeitslosenunterstützung, die Versorgung für den Fall der Krankheit und die Kurzarbeiterunterstützung. Voraussetzung für den Anspruch ist die Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit und die Schuldlosigkeit an der Arbeitslosigkeit. In dieser Beziehung folgt also der neue Entwurf den bisher geübten Gepflogenheiten. Die Wartezeit ist erfüllt, wenn der Versicherte in 24 Monaten für 26 Wochen Beiträge geleistet hat. Diese Beiträge werden sich für den einzelnen Arbeitnehmer etwa auf 1, — M. für die Woche belaufen, während der Arbeitgeber die gleiche Summe für jeden seiner Angestellten zu zahlen haben wird.

Wie schon erwähnt, handelt es sich bei dem Gesetzentwurf lediglich um eine vorläufige Regelung des Problems, und außerdem ist der Entwurf als solcher erst ein Referat, das für die Reichsregierung noch in keiner Weise verbindlich ist. Es wäre dringend zu wünschen, daß die brennende Frage umgehend ihre Erledigung findet, da die bisherigen Zustände der Erwerbslosenfürsorge inzwischen in jeder Beziehung unhaltbar geworden sind.

Allgemeine Rundschau.

Krankenversicherung.

Der Reichstag hat am 14. Dezember 1921 das Gesetz betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und das Gesetz über die Versicherungspflicht, Versicherungsberichtigung und Grundlöhne in der Krankenversicherung sowie am 17. Dezember 1921 das Gesetz betreffend Wochenhilfe und Wochenfürsorge beschlossen. Durch das Wahlgesetz wird die Frist für die Amtsdox der nichtständischen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes und der Landesversicherungsämter, der Ausschuß- und Vorstandsmitglieder der Landesversicherungsanstalten, der Versicherungsvertreter für die Unfallversicherung sowie der Beisitzer der Versicherungsämter und der Oberversicherungsämter längstens bis zum Schluß des Kalenderjahres 1922 erstreckt. Durch das zweite Gesetz ist die Verdienstgrenze für die Krankenversicherungspflicht der im § 165 Abs. 1 Ziffer 2-7 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten von 15000 auf 40000 M., die Einkommensgrenze für den Eintritt in die freiwillige Versicherung (§ 176 Reichsversicherungsordnung) von 2500 auf 40000 M. erhöht worden. Die Bestimmungen für den Uebertritt Weiterversicherter (§ 313 Reichsversicherungsordnung) in höhere oder niedere Lohnklassen sind geändert worden. Ferner ist der gesetzliche Höchstbetrag für den Grundlohn von 24 auf 40 M. und der sachungsmäßig zulässige Höchstbetrag von 30 auf 80 M. heraufgesetzt worden. Alle Bestimmungen treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Durch das am 17. Dezember 1921 beschlossene Gesetz ist der Mindestbetrag des Stillgeldes für versicherte Wöchnerinnen (§ 195 a Reichsversicherungsordnung) auf 4,50 M. täglich festgesetzt worden. Auf den gleichen Betrag ist das Stillgeld bei der Familienwochenhilfe (§ 205 a Reichsversicherungsordnung) und der Wochenfürsorge für minderbemittelte Wöchnerinnen heraufgesetzt worden. Die Einkommensgrenze für das Mindestmittelteilchen bei der Wochenfürsorge beträgt nunmehr 15000 M. jährlich.

Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am 17. Dezember ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung in dritter Lesung verabschiedet. Das Gesetz bringt wesentliche Erhöhungen der Zulagen. Verletzte, welche die Hälfte oder mehr ihrer Erwerbsfähigkeit verloren haben, und die Empfänger von Hinterbliebenen- und Angehörigenrenten werden durch die neuen Zulagen so gestellt, als ob ihre Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 12000 M. (bei Unfällen landwirtschaftlicher Arbeiter 8100 M.) berechnet würde. Die neuen Zulagen sollen vom 1. Januar 1922 an gezahlt werden. Da aber ihre Anweisung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, so werden die bisherigen Zulagen noch bis zum 31. März 1922 weitergezahlt und auf die neuen Zulagen angerechnet.

Durch Arbeit zum Glück.

so lautet der Wahlspruch in der von Professor Sattler in München für die Deutsche Volksbank gezeichneten Geschäftsmarke.

Er spiegelt in treffender Kürze die Lebensauffassung der beteiligten Kreise wider, während die über dem Meer der deutschen Sorgen aufgehende Sonne den Glauben an unsere Zukunft veranschaulicht. Wahlspruch und Zeichnung zusammen geben zugleich ein Stimmungsbild der heutigen Zeit.

Der Gedanke einer eigenen Bank hat bekanntlich auf dem Essener Kongress feste Formen angenommen. Der

Wunsch, die Sparsättigkeit selbst in die Hand zu nehmen, ist sehr viel älter. Die Zusammenfassung der schlummernden wirtschaftlichen Kräfte der Gewerkschaftsmitglieder erscheint zu folgerichtig, als daß man sie den öffentlichen Spartassen hätte allein überlassen können.

Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung, der Wunsch, die Ueberkräfte aus den Spargeldern, die ihre wirtschaftliche Kapitalmacht darstellen, nur den Sparern und ihren Kreisen, nicht anderen zugute kommen zu lassen, die Beunruhigungen, die der unglückliche Ausgang des Krieges auch in den Kreisen der Sparsuchenden hervorrief, das alles zettelte den Essener Beschluß. Die Bank, die die größtmögliche Sicherheit der Spargelder als ihren obersten Grundsatz bezeichnet, wird ohne Zweifel in nicht zu langer Zeit die ausschließliche Spartank für diese Kreise werden, ähnlich wie das die Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung und die Deutsche Feuerversicherung für die Volks-, Lebens- und Feuerversicherung geworden sind.

Eine bedeutungsvolle und erfreuliche Bereicherung unserer christlichen Gewerkschafts- und Genossenschaftspressen

bedeutet die neue Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Bauproduktionsgenossenschaften e. G., Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3, die „Genossenschaftliche Baupragis“. Bekannt ist das preiskontrollierende und damit den Wohnungsbau verbilligende Wirken unserer Bauproduktionsgenossenschaften, die ebenso wie private Baubetriebe alle Arten von Bauten ausführen und insbesondere den Siedlungsbau pflegen. Ihr Betriebskapital wird durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen durch die Angehörigen der christlichen Gewerkschaften aufgebracht, die so zu genossenschaftlichen Trägern und Besitzern der Produktionsmittel werden. Verschiedene Entschlüsse und Resolutionen des Essener Kongresses sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die Förderung dieser Bestrebungen all ihren Mitgliedern wiederholt dringend empfohlen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß bald auch in anderen Gewerben und Industrien, als bisher allein im Baugewerbe, ähnliche Gebilde entstehen werden, in denen die Arbeitnehmer — genossenschaftlich zusammengeschlossen — zu Mitbestimmern der Produktionsmittel werden. Allen Kollegen, die sich für diese Bestrebungen interessieren — und wer täte das nicht? — sei der Bezug der „Genossenschaftlichen Baupragis“ dringend empfohlen, die über die oben gekennzeichneten Bestrebungen laufend berichtet. Bestellung entweder beim Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3, oder direkt bei der Post mit Hilfe des Bestellzettels am Ende des Blattes.

Zusammenfassung der Arbeitnehmer des Gastwirts-gewerbes

Die beiden Gliedorganisationen des Gewerkschaftsbundes der Gasthausangestellten haben sich zu einer Organisation, die den Namen „Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten“ führt, zusammengeschlossen. Als Sitz des Bundes, der sich vorläufig in Leipzig befindet, ist Berlin in Aussicht genommen. Auf der am 15. Dez. in Leipzig abgehaltenen gemeinsamen Tagung wurde die Leitung der Organisation gewählt und auch die Beiträge sowie Unterstützungen gemäß der Geldentwertung geregelt. Auch zu den gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere zum Arbeitszeitgesetzentwurf, zur Zentralarbeitsgemeinschaft und zum Betriebsrätegesetz wurde Stellung genommen.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte. Betriebsrätekonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

In Duisburg fand am 18. Dezember der erste Betriebsrätekonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Aus allen Teilen des Reiches hatten die Betriebsvertreter des Verbandes ihre Delegierten entsandt. Den grundlegenden Bericht über Betriebsrätegesetz und Betriebsrätepraxis erstattete Verbandssekretär Mauer. Aus dem Referat wie aus der Aussprache ergab sich eine Reihe von Entschlüssen und Anregungen. Diese betrafen zunächst gesetzliche Bestimmungen und Reformen. Verhalten Beisatz fand besonders der Wunsch, daß die Betriebsräte wahlen nicht mehr jährlich, sondern nur alle zwei Jahre stattfinden sollten. Weiter sprach sich der Kongress gegen den Vertrieb von Waren durch Betriebsräte aus. Arbeiterichung und Gesundheitspflege seien mehr zu fördern. An den höchsten Feiertagen solle die Arbeit der Eisen-, Zink- und Bleihütten möglichst vollständig ruhen. Der Lokalverkehr für Arbeitnehmer sowohl auf den Staats- als den Kleinbahnen müsse wieder sozial gestaltet werden. Ferner wurde Stellung genommen zu neuen Betriebsrichtlinien und Arbeitsmethoden, zur Jugendfrage, zum Verhalten von Arbeitgebern in der Betriebsrätepraxis, zur Lohnpolitik in der Metallindustrie und zur industriellen Kongressbewegung. Eine weitere Entschlußfassung wandte sich gegen alle wilden Streiks. Gegenüber dem drohenden Verhängnis des Kohlen-, Koks- und Roheisenmangels unserer Wirtschaft, wird eine bessere Brennstoffförderung und Beförderung verlangt. Die Bildungsbestrebungen der Betriebsräte nahmen den Kongress besonders stark in Anspruch; es wurden hierzu neue Maßnahmen des Verbandes beantragt. Die ganzen Verhandlungen und Beschlüsse bewegten sich in Einmütigkeit und waren von einem gesunden Optimismus für die schwere zukünftige Betriebsrätearbeit getragen.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

läßt sich dahin kennzeichnen, daß die Fabrikanten von baumwollenen Garnen und Geweben auch weiterhin mit den früher erhaltenen Aufträgen genügend beschäftigt sind, obwohl in der letzten Zeit neue Aufträge von Belang nicht eingegangen sind. Eine wesentliche Veränderung der Preislage ist bis jetzt nicht festzustellen. Die Kaufkraft für wollene Webwaren ist etwas geringer als in den Vormonaten, doch hat dieser Umstand weder auf die Preise noch auf die Beschäftigung der bezüglichen Fabrikanten einen Einfluß ausgeübt, da auch in diesem Zweige die früher eingegangenen Orders hinreichen, um die Fabriken auf Monate hinaus voll zu beschäftigen. Den Wirt- und Strickwarenfabrikanten gingen auch in der letzten Zeit — besonders auch vom Auslande — ausgedehnte Orders zu, während von Seiten des Inlandes neue große Orders nur in beschränktem Maße erteilt wurden. Die allgemeine Lage der Seidenindustrie hat keine durchgreifende Änderung erfahren. Der Geschäftsgang in der Besatzindustrie wird auch weiterhin als befriedigend bezeichnet. (Berliner Börsenzeitung vom 16. Dezember 1921.)

Weltwirtschaftliche Nachrichten vom 14. Dezember.

Mehrere Bradforder Kammgarnfabriken haben Wolle nach Deutschland gelandt, um sie dort kämmen, waschen und spinnen zu lassen, und es wird berichtet, daß die Ausgaben für diese Kammmollen, wenn sie hierher zurückkehren, geringer sind, als allein die für das Kämmen in England, wo die Kosten verhältnismäßig sehr hoch sind. Der Unterschied beruht natürlich in erster Linie auf dem schlechten Stand der deutschen Wollwale. Die Folge ist, daß die deutschen Firmen, die Wolle verarbeiten, zwar nach dem Zusammenbruch der Hochkonjunktur nicht in der Lage sein werden, Rohmaterial einzukaufen, da sie aber trotzdem die Möglichkeit haben werden, ihre Maschinen dadurch in Betrieb zu halten, daß sie für englische Firmen Wolle kämmen, waschen und spinnen. Sie würden also durch Kommissionsarbeit voll beschäftigt sein. Wenn dies wirklich eintrete, so muß das Resultat in der Wollindustrie von Yorkshire und den andern Teilen Englands unbedeutend Arbeitslosigkeit hervorrufen.

Aus unserer Bewegung.

Freiwillige Beitragsklassen.

Wir erhalten von einem arbeitsfreudigen Verbandskollegen nachfolgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung:

Ein Niesenkampf wird, wenn man nicht in letzter Stunde eine Einigung erzielt, in der M-Glabbacher Textilindustrie ausgetragen werden. Genau vor einem Jahre hat in demselben Bezirk die Arbeiterklasse den harten Widerstand der Unternehmer durch einen Streik, der nur von kurzer Dauer war, zu brechen verüht, was nach durch weitere Zugeständnisse der Arbeitgeber damals gelungen ist. Zur Stunde stehen 30000 Arbeiter, weil auch jetzt wieder dieselben Fabrikanten nur minimale Zugeständnisse gemacht haben, in der Kündigung.

Eben die Glabbacher Fabrikanten haben es immer verstanden, durch niedrige Löhne, die sie den Arbeitern aufzwingen haben, ungeheure Gewinne für sich in den letzten Jahren anzuhäufen. Was kümmert sie die Not des Volkes? Und was in M-Glabbach zutrifft, gilt auch für andere Bezirke der Textilindustrie.

Eine große Zahl von Unternehmern sieht den Augenblick herbei, wo mit den unerhörten Forderungen der Arbeiter einmal gründlich aufgeräumt werden muß. Nur dann kann unser Wirtschaftsleben wieder gesund und in ordnungsgemäße Bahnen gelenkt werden, wenn die Löhne um ein gut Teil nach unten gesenkt sind, das ist die Ansicht dieser Wohlthäter. Darum Kolleginnen und Kollegen mühen wir uns der Hut sein, um diese Machtgelle der Herren zu durchkreuzen. In dem gegebenen Falle sollen wir gewiß da stehen. Schon öfters ist in der Verbandszeitung darauf hingewiesen worden, unsere Mitglieder möchten dafür Sorge tragen, daß der Kampfsatz unseres Verbandes sich so gestalte, um bei unvorhergesehenen Fällen den Verband vor Schaden bewahren zu können. Jeder Kollegin und jedem Kollegen ist das Mittel an die Hand gegeben, durch freiwillige Beitragsklassen die Unterhaltungsgebühren zum Wesentlichen zu erhöhen. Diejenigen, die gleich nach dem Bekanntwerden in der Zeitung davon Kenntnis erlangt, davon Gebrauch machen, sind in dem Falle gesichert. Andere aber, die da meinen und glauben, „es so schlimm wird es wohl nicht werden“, ist anzuraten, nicht allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu sehen, denn was heute in M-Glabbach zur Tat geworden ist, kann morgen an einem anderen Orte oder in einem anderen Bezirk eintreten. Der Frage Mann laut vor, sagt das Sprichwort und daher nochmals an alle launigen Mitglieder die dringende Bitte: Hinein in die freiwilligen Beitragsklassen und zwar heute noch.

Oder noch auf etwas anderes sei an dieser Stelle hingewiesen. Es ist nämlich eine Bitte an die Verbandsmitglieder und Parteimitglieder, man möge einmal vernünftiger, daß eine genaue Kontrolle der Mitgliedsbücher vorgenommen werde, um festzustellen, wieviele Mitglieder eigentlich den Pflichtbeitrag entrichten (hierunter sind keine höheren Klassen gemeint) von 3,00—7,00 M. Es ist eine Tatsache, daß eine große Zahl vorhanden ist, die, wenn sie ehrlich sein wollen, zugestehen müssen, daß ihre Beiträge nicht mit dem Stundenlohn in Einklang stehen. Nehmen wir nur eine Ortsgruppe mit 100 Mitgliedern, wo aber auch nur fünf Mitglieder an Beitrag nur 1,00 Mark weniger zahlen als das Statut vorschreibt. Rechnet einmal nach, ihr Kollegen in den Ortsgruppen, was das

einen Ausfall im Jahre für die Zentralkasse macht. Wer in etwa zu rechnen versteht, kann das auf über eine Viertel Million schätzen. Also Kollegen, etwas mehr Finanzpolitik in den Ortsgruppen treiben, große Summen werden damit gerechnet, zum Wohle unserer christlichen Arbeiterbewegung. J. Sch.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Goetsfeld. Deutschlands wirtschaftliche Lage und wir Arbeiter war das Thema, das Kollege Letterhaus von der Verbandszentrale in einer gut besuchten Versammlung in Goetsfeld behandelte. In recht übersichtlicher Weise schilderte er die Bestimmungen und Wirkungen des Versailler Vertrages und Londoner Diktats. Die Folgen dieses Vertrages müßten die Arbeiterklasse zum schärfsten Gegner, der dadurch herbeigeführten wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands werden lassen, weil doch die Arbeiterklasse in erster Linie schwer hiervon betroffen würde. Trotz der Notlage, in der wir uns befinden, dürfe die Arbeiterklasse nicht verzweifeln. Die christliche Arbeiterklasse müsse mit Mut in die Zukunft schauen. Nicht Klassenkampf kann uns retten (siehe Fußnote), auch nicht ein unbeschränkter Liberalismus. Wir erblicken, so führte der Redner aus, im Christentum die erlösende Kraft, die das so schwer am Boden liegende deutsche Volk aus seiner Erniedrigung empor heben kann. Sich einfehen für die christliche Arbeiterbewegung durch die Verwirklichung ihrer Ideen müßte die Parole sein für jeden überzeugten Gewerkschaftler. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die am 17. November in Goetsfeld versammelten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erheben schärfsten Protest gegen die schamlose Preistreiberi profitgieriger Spekulanten, welche die früher und billiger eingelaufenen Waren der Bevölkerung zu geradezu unerschwinglichen Preisen anbieten, welche in keinem Verhältniß zu dem Kursstand unserer Markt gebracht werden können. Sie verlangen von der Regierung schärfste Maßnahmen im Sinne der vom Deutschen Gewerkschaftsbund angeordneten Richtlinien. Wer wucherisch seines Volkes Notlage ausnützt, ist



Die **Deutsche Sparkasse** ist unsere **Sparbank**.

Fordert Postcheck-Zahlkarten bei den Vertrauensleuten, oder der Hauptgeschäftsstelle in Essen, Schützenbahn 24.

ehelos und soll dementsprechend behandelt werden. Die Schädlinge sind ohne Zaudern, ohne langschweilige Verfahren zu bestrafen: 1. durch Entfernung aus allen Ehrenämtern, 2. durch Entziehung des Wahlrechts, 3. durch Zuchthausstrafen, 4. durch restlose Vermögenskonfiskation. Einstimmig ist die Verurteilung der Meinung, daß dies keine papierernen Androhungen sein dürfen. Als wirtschaftliche Selbsthilfe wird verlangt, planvoller Ausbau des Genossenschaftswesens. Mitwirkung der Verbraucher in der gesamten Preisgestaltung muß angestrebt werden. In die Arbeitgeber ergibt die bringende Aufforderung, den Vätern der Arbeitnehmer weitgehend entgegen zu kommen, umso mehr, weil die christliche Arbeiterklasse sich in der Lohnfrage von wirtschaftlich erfüllbaren Gesichtspunkten leiten läßt. Wir rufen aber auch auf zum Willen zur Erreichung dessen, was wir brauchen und halten darum fest an hart rindierten Zentralgewerkschaften. Dafür darf keinem Arbeiter ein Opfer zu groß sein. Die christliche Arbeiterklasse lehnt jede Partei- und Parteistaffel der Kommunisten und sonstiger unverantwortlicher Elemente ab. Eingedenk der riesigen Lagen, die uns durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles angebahrt worden sind, entziehen sich die Anwesenden nicht der Pflicht, mit zu tragen und mit zu opfern, verlangen aber, daß vor allem die leistungsfähigen Kräfte herangezogen werden. Darum Begünstigung der teilweise riesigen Kampfergebnisse, schärfste Erregung der Wachenposten. Alle Maßnahmen sind bergänglich, wenn nicht der Nordvertrag von Versailles revidiert wird. Weiter muß das ganze Volk von dem großen Gedanken der Opferbereitschaft durchdrungen werden; nur dann wird es gelingen, auf dem mühevollen Wege schwerster Pflichterfüllung den Aufstieg Deutschlands zu ermöglichen.

Lobberich. Man kann vielfach die Erfahrung machen, daß eine Versammlung, die von guter Hand vorbereitet ist, sich eines guten Besuchs erfreut. Vorhergehendes können wir von unserer Ortsgruppenversammlung mit Recht sagen, die am 8. Dezember im Lokale M. Köhler stattfand. Eine wichtige und auch interessante Tagesordnung war zur Stelle. Kollege Rieken begrüßte alle Teilnehmer aus herzlichster Erregung der Wachenposten. Alle Maßnahmen sind bergänglich, wenn nicht der Nordvertrag von Versailles revidiert wird. Weiter muß das ganze Volk von dem großen Gedanken der Opferbereitschaft durchdrungen werden; nur dann wird es gelingen, auf dem mühevollen Wege schwerster Pflichterfüllung den Aufstieg Deutschlands zu ermöglichen.

Um der Deutschen Volksversicherung Eingang zu verschaffen, hatte der frühere Bezirksleiter, Kollege J. Feisch aus Freisch einen dazu bestimmten Vortrag gehalten. In sachlicher, einbezüglichen Worten wachte er die Zuhörer von der Notwendig-

keit dieser sozialen Einrichtung zu überzeugen und freigt, nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen zu urteilen, die Sache als gesichert da. Seine Ausführungen fanden Beifall und rege Ausprache über diesen Punkt brachte gute Aufklärung. Unter Berücksichtigung sei noch angeführt, daß der Kollege Rieken der Versammlung bekannt machte: ab 19. Dezember findet für alle Mitglieder im hiesigen Ortsartikel ein Unterrichtskursus statt. Bista 40 Teilnehmer waren am ersten Abend erschienen, ein Zeichen, daß Interesse in der Mitgliederkreise vorhanden ist, um sich weiter zu bilden und zu schulen. Mit einem feierlichen Schlußwort und der Aufforderung, der Bewegung zu dienen, schloß er die Versammlung. J. Sch.

Literarisches.

Die Reichseisenbahnen. Staatsbetrieb — Privatbetrieb — Gemeinwirtschaft? Im Auftrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes, bearbeitet von Eugen Roth.

Der unter Führung Stegerwalbs stehende Gewerkschaftsbund nimmt in dieser Schrift Stellung zu dem brennenden Problem in Vorschlägen, die sowohl durch ihre Kühnheit — Mitbeteiligung der Gewerkschaften am Besitz der Reichseisenbahnen — wie auch durch wirtschaftliche Beurteilung der künftigen Eisenbahnpolitik angelehnt von vielen anderen Veröffentlichungen zum gleichen Thema auffallen. Unter Ablehnung der vorbehaltslosen Überführung der Reichseisenbahnen in den Privatbesitz wird gezeigt, wie in gemeinwirtschaftlichen Formen die brauchbaren Gedanken des Industrievorrichtes verwertet werden können. Praktische Beispiele beleuchten die Unzulänglichkeit der jetzigen, bürokratischen Verwaltungsform. Von besonderem Wert sind die als Anlage im Wortlaut beigefügten Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums um eine Stellungnahme ersuchten Sozialforschungs-Kommission sowie die gleichfalls wörtlich wiedergegebenen Ausführungen des Reichsverkehrsministeriums zu den Anträgen auf die heutige Eisenbahnpolitik. — Preis 4,— Mark, auf größere Bestellungen Rabatt. Bestellung an Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Versammlungskalender.

Amern St. Georg. 15. Januar, nachm. 5 Uhr bei Rnigs (Wilhelmshöhe) Jahresgeneralversammlung.
 Rheyt. 16. Januar, 7 Uhr im kleinen Saal des Bahnhofshotels vierteljährliche Generalversammlung.

Höchst wichtig

für jeden Freund der christlichen Gemeinwirtschaft ist die „**Genossenschaftliche Baupraxis**“ die Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Bauproduktivgenossenschaften, die auch über die produktivgenossenschaftlichen Fortschritte in anderen Gewerben und Industrien fortlaufend berichtet. Das Blatt gehört in die Hand jedes christlichen Gewerkschaftlers, der über das System des Kapitalismus hinweg nach einer besseren, einer wahrhaft christlichen Wirtschaftsform sucht! Preis für das Halbjahr (6 Hefen) nur 6,— M. und 60 Pfg. Bestellgeld! Bestellungen durch die Post oder durch den Reichsverband deutscher Bauproduktivgenossenschaften, Berlin-Richtenbergl, Am Stadtpark 2/3.

Erscheinungsort Berlin. 3. Nachtrag der Zeitungspreislage S. 2.

Jah — Wir — bestelle — hiermit für das 1. Halbjahr 1922 1 Stück „**Genossenschaftliche Baupraxis**“

Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Bauproduktivgenossenschaften e. V., zum Preise von 6,— M. und 60 Pfg. Bestellgeld für das Halbjahr und bitte um Lieferungs- und Einziehung des Betrages durch die Post.

Name: _____ Stand: _____

Wohnort: _____ Postbestellort: _____

Straße und Hausnummer: _____

An das Postamt in _____

(Ausgefüllt dem Briefträger übergeben oder in den nächsten Briefkasten werfen.)

Inhaltsverzeichnis.

Sie in den Alltag aufgehen! — Artikel: Sozialismus und sozialer Ausgleich. — Lohnbewegungen und Kämpfe in der Textilindustrie. — Der Deutsche Gewerkschaftsbund zur kommenden Arbeitslosigkeit. — Ein neuer Gejenswurf über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung. — Genülionen: Das Einbunden der Arbeiterfamilie. — Kranenversicherung. — Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung. — Durch Arbeit zum Glück. — Eine bedeutungsvolle und erfreuliche Weiterbildung unserer christlichen Gewerkschafts- und Genossenschaftspressen. — Zusammenhänge der Arbeitnehmer des Gastwirtschafts. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Betriebsrätekonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes. — Was unserer Industrie: Die Lage des deutschen Bleistiftgewerbes. — Weltwirtschaftliche Nachrichten vom 14. Dezember. — Aus unserer Bewegung: Freiwillige Beitragsklassen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Goetsfeld. — Lobberich. — Literarisches. — Versammlungskalender. — Inserat.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Dänedorf 100, Tannenstr. 33.